



Information

Koordination Südliches Afrika e.V.

Ausgabe 7 – März 2003

Wasser für alle durch private Unternehmen?

Nachhaltige Wassernutzung bleibt wichtiges Thema der KOSA-Arbeit bis 2005. BMZ diskutiert Liberalisierung des Handels.

Aus lokalen Erfahrungen globale Schlüsse ziehen will die Kampagne von KOSA zur Wasserversorgung und Privatisierung in den nächsten zwei Jahren. Dafür hat die nordrhein-westfälische Stiftung Umwelt und Entwicklung im Februar einen finanziellen Zuschuss von 123 000 Euro bewilligt.

Ausgegangen wird von ganz konkreten Beispielen in Nordrhein-Westfalen und im Südlichen Afrika: Sowohl in der Stadt Bielefeld als auch in Namibias Hauptstadt Windhoek und in der südafrikanischen Provinz Mpumalanga wurde das Wassermanagement bereits privatisiert. Ob das zur Sicherung der Versorgung aller mit sauberem Trinkwasser Sinnvolles beiträgt, soll in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Stadtverwaltungen und Nichtregierungsorganisationen in Frage gestellt werden. Unter die Lupe

genommen werden auch die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) und ihre Rolle im internationalen Wassergeschäft. KOSA will die Ergebnisse dieser Fallstudien veröffentlichen und bei Rundreisen und Seminaren mit Betroffenen und Experten diskutieren. Am Ende einer Reihe von Veranstaltungen soll eine internationale Tagung

über „Wasserversorgung und die Rolle privater Unternehmen“ stehen.

Mit dieser Kampagne bleibt die politische Verantwortung privater Unternehmen im Mittelpunkt, die ja auch bei der Entschuldungskampagne herausgefordert wird. KOSA will Handlungsperspektiven, Verhaltenskodices oder Selbstverpflichtungen zur Beeinflussung von Konzernen, die global im Dienstleistungssektor tätig sind, kritisch beleuchten. Damit wird eine Diskussion über die Privatisierung öffentlicher Güter vorangetrieben, die besonders im Zusammenhang mit den internationalen Verhandlungen über das Allgemeine Abkommen über Handel und Dienstleistungen (GATS) nötig ist.

BMZ will Wettbewerb fördern

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das durch diese Kampagne herausgefordert wird und sie zugleich unterstützt, hat mit der Diskussion über GATS gerade erst begonnen. Bei einer entsprechenden Tagung des Ministeriums im Februar in Berlin zog die Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul den Erfolg der Verhandlungen in Zweifel, weil es in der Europäischen Union keinen Fortschritt beim Abbau der Subventionen von landwirtschaftlichen Exporten und der Tarifpolitik im Industriebereich gebe.

Fortsetzung Seite 2

Faltblatt und Logo neu
Der „kariöse Fleck auf der Landkarte“, wie Spötter das alte KOSA-Logo nannten, ist verschwunden: unter mehreren Vorschlägen hat sich bei Vorstand und Delegierten schließlich das „tanzende K“ durchgesetzt. Es tanzt auch schon auf dem neuen Faltblatt von KOSA, das auf englisch und deutsch in der Geschäftsstelle in Bielefeld (siehe Impressum) bezogen werden kann.

Neue Entschädigungsklage eingereicht

Die renommierte US Anwaltskanzlei Finkelstein, Thompson and Loughran hat am 21. Februar eine weitere Entschädigungsklage im Auftrag von sechs Opfern und Überlebenden der Apartheid eingereicht. Die Klage richtet sich gegen sieben Banken und zwölf internationale Konzerne aus Deutschland, der Schweiz, Großbritannien und den USA. Dieselben Unternehmen waren Adressaten der am 11. November vom amerikanischen Anwalt Michael Hausfeld eingereichten Klage am Bezirksgericht im Eastern District von New York. Die neue Klage verstärkt das Gewicht der Hausfeld-Klage und signalisiert eine wachsende positive Einschätzung ihrer Erfolgchancen.

Die internationale Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika begrüßt die Ausweitung des Kreises der Klägerinnen und Kläger. „Die Akzeptanz der Hausfeld-Klage bei den direkt Betroffenen wächst“, sagte Theo Kneifel für die Kampagne. Unter den Klagenden ist Mbuli Mlauli, die Witwe eines prominenten Anti-Apartheid-Aktivisten. Sicelo Mlauli war am 27. Juni 1985 zusammen mit drei Gefährten von Sicherheitspolizisten ermordet worden. Die vier Ermordeten waren unter dem Namen „Cradock Four“ bekannt geworden. Die Aufdeckung ihrer Ermordung gehört zu den Erfolgsgeschichten der südafrikanischen Kommission für Wahrheit und Versöhnung. ■

Fortsetzung von Seite 1

Trinkwasser für alle von privat?

Sie plädierte vor allem für Transparenz (siehe Kommentar unten auf dieser Seite). Gottfried Wellmer, der bei dieser Veranstaltung für KO-SA die Arbeitsgruppe „Wasser“ besuchte, vermisste kritische Analysen von GATS. Zur Frage, ob Wasser bei der Liberalisierung der Märkte überhaupt einbezogen werden sollte, habe sich der für sektorale Aufgaben im BMZ zuständige Dr. Hans-Peter Schipulle jedoch relativ fortschrittlich geäußert: Privatisierung nach Marktöffnung komme nur dann in Frage, wenn



**Von ihrer Arbeit hängt die Versorgung mit Wasser ab:
Frauen in Mosambik**
Foto: Cordula Kropke

das vorher gut geregelt und eine arbeitsfähige Regulierungsbehörde eingesetzt worden sei. Darin lag nach Gottfried Wellmers Bericht Kritik an den Strukturanpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds, bei denen die Privatisierung oft mit Deregulierung einhergegangen sei. Wegen der schlechten Erfahrungen damit sei Privatisierung nicht das zentrale Anliegen des BMZ, habe Schipulle betont. Ziel sei eher der Wettbewerb von privaten und öffentlichen Dienstleistern. In der Diskussion über diesen Beitrag wurde in Frage gestellt, in wessen Interesse Wettbewerb liege; es gebe nur sehr wenige multinationale Konzerne, die zur Bereitstellung von Wasser in der Lage seien. Andere argumentierten für kommunale Wasserwerke im Süden, da sich dieses Konzept ja in der Bundesrepublik auch als effizient und wirtschaftlich erwiesen habe. Bei der Kommerzialisierung

der Wasserversorgung könnten Dienstleister in Nord und Süd zusammenarbeiten und von der Entwicklungshilfe unterstützt werden.

Kein Zwang zur Marktöffnung

In einer Studie über GATS und die Liberalisierung der Wasserversorgung, die das BMZ zusammen mit der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) anlässlich der Tagung im Februar veröffentlichte, wird die Frage der Liberalisierung ganz grundsätzlich aufgeworfen: Die Autoren kommen zu keiner einhelligen Meinung darüber, ob Wasser und sanitäre Dienstleistungen überhaupt in den Verhandlungsbereich von GATS fielen. Dagegen spreche, dass es sich um einen öffentlichen Dienstleistungsbereich handele. Allerdings würden in einigen Ländern Benutzergebühren erhoben und die Versorgung kommerziell betrieben, auch wenn die Regierung Eigentümerin sei, demnach fielen sie dann doch unter das Abkommen. Die EU wolle die Wasserversorgung als Umweltdienstleistung unter GATS verhandeln. Auch wenn so verfahren werde, betonen die Autoren der Studie, seien Mitgliedsstaaten von GATS nicht verpflichtet, ihre Märkte ausländischen Dienstleistungsunternehmen zu öffnen. Es gebe nur eine Verpflichtung zur Transparenz in Bezug auf die Regeln über den Marktzugang. Wenn sie es aber täten, sollten zumindest „schwächere“ Mitgliedsstaaten bei der Erarbeitung angemessener Regulationen unterstützt werden. Angebote für die Öffnung von Märkten können in der laufenden Verhandlungsrunde bis zum 31. März gemacht werden.

Regionales Wasserabkommen

Im Südlichen Afrika gelang am Rande des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg eine Einigung über die gemeinsame Nutzung geteilter Flüsse zwischen Mosambik, Swasiland und Südafrika. Das IncoMaputo-Abkommen bezieht die Wasserläufe von Incomati und Maputo ein und sorgt erstmals dafür, dass Mosambik vor der übermäßigen Ausbeutung seiner Flüsse durch Nachbarn, die näher an der Quelle sind, geschützt ist. Für die vorhersehbare Zukunft sichert es Maputos Wasserzufuhr und fördert damit auch die wirtschaftliche und soziale Stabi-

Transparenz reicht nicht aus

Gottfried Wellmer kritisiert mangelhafte Stellungnahme der Entwicklungsministerin zum GATS-Abkommen: ein Kommentar

Die Ministerin versuchte sich als progressive Kraft zu verkaufen, indem sie mehr Transparenz im GATS-Bereich einforderte. Sie hielt die Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen (NRO) an den Armutsreduzierungsstrategien (PRSP) der hoch verschuldeten ärmsten Länder (HIPC)s für ein Modell, wie entwicklungspolitische Strategien transparent formuliert und umgesetzt werden könnten. Aber erstens war die Beteiligung der NROs an den PRSPs unter-

schiedlich stark, zweitens war das Ergebnis (weiter mit Strukturanpassung) schon vorgegeben, drittens wissen wir alle, dass mit SAPs keine Armutsreduzierung stattfinden wird. So wichtig Transparenz ist im Verlauf bilateraler und multilateraler Verträge, so ist das doch nur eine von mehreren Rahmenbedingungen für eine demokratische Gestaltung von Wirtschafts- und Sozialpolitik in Entwicklungsländern. Und darüber redete Frau Wiecek-Zeul doch recht wenig.

Impressum

Herausgeber: KOSA e.V.
August-Bebel-Str. 62
33602 Bielefeld
Tel.: 0521 – 9864851
Fax: 0521 – 63789
e-mail: kosa@kosa.org
Verantwortlich im Sinne des
Presserechts, Redaktion und
Layout: Sigrid Thomsen
Redaktionsschluß 28. 02. 2003
Druck: KDR, Bielefeld

Trauerbinden statt Boykott

Um Zimbabwes Beteiligung an internationalen Treffen in Sport und Politik wird heftig gestritten. Cricketspieler demonstrieren Kritik

„Wir haben uns dafür entschieden, auf jeden Fall während der gesamten Weltmeisterschaft ein schwarzes Armband zu tragen. Damit betrauern wir den Tod der Demokratie in unserem geliebten Zimbabwe. Wir richten damit eine stumme Bitte an die Verantwortlichen, den Missbrauch der Menschenrechte in Zimbabwe zu unterbinden.“ Mit diesen Worten schließt eine Stellungnahme zweier Cricketspieler aus der Mannschaft Zimbabwes kurz vor Beginn der Weltmeisterschaft, die im März in Südafrika begann. Sechs der Spiele sollen in Zimbabwe ausgetragen werden. Die Mannschaften von Großbritannien und Australien – und ihre Regierungen – wollten am liebsten alle Spiele nach Südafrika verlegt haben, damit der Sport nicht das Ansehen des Staatspräsidenten Robert Mugabe aufpolieren kann, der für politische Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist. Die holländische Mannschaft wurde – unter anderem mit nebenste-

hender Karikatur – von Zimbabwe Watch aufgefordert, an den Spielen in Zimbabwe nicht teilzunehmen.

Auch bei politischen Treffen wurde über Zimbabwes Beteiligung gestritten: Die Europäische Gemeinschaft, die ihre Sanktionen gegen Mugabe gerade bis zum 20. Februar 2004 verlängert hatte, sagte ein europäisch-afrikanisches Gipfeltreffen in Lissabon ab, weil mehrere Staatsoberhäupter aus dem südlichen Afrika auf Mugabes Teilnahme bestanden. Frankreichs Präsident Chirac wurde kritisiert, weil er Mugabe einen Tag nach Verlängerung des Boykotts mit Ausnahmeregelung an einem französisch-afrikanischen Treffen in Paris teilnehmen ließ. Der Commonwealth schließlich ist völlig zerstritten, ob er die Suspendierung Zimbabwes verlängern soll oder nicht. Südafrikas Staatspräsident Mbeki, der dagegen ist, wird dafür von den Kirchen angegriffen: In der Politik reicht die Demonstration von Trauer nicht aus.



Südafrika vereint gegen Krieg im Irak

40 000 Menschen demonstrierten in Kapstadt und Johannesburg

Südafrika bringt derzeit vereinte Kräfte auf, um einen Krieg gegen den Irak abzuwenden. In Kapstadt und Johannesburg beteiligten sich im Februar 40 000 Demonstranten an den weltweiten Protestmärschen. Mehr als 50 Organisationen hatten ein Memorandum unterzeichnet, das am Ende der Demonstration in Kapstadt vor dem mit Stacheldraht gesicherten amerikanischen Generalkonsulat überreicht wurde. „Wir sind einig in unserer Überzeugung, dass Krieg gegen Irak falsch ist“, heißt es darin. „Er ist falsch, weil seine Opfer vor allem die Armen sein werden. Er ist falsch, weil er globale Konflikte eher anheizen als lösen wird, besonders im Nahen Osten.“ Angeführt wurde die Demonstration von leitenden Figuren der Anti-Kriegs-Koalition, religiösen Führern und Ministern. „Es ist Zeit für einen Regierungswechsel in den USA“, war auf einigen Postern zu lesen. Manche trugen Osama bin Ladens Porträt auf dem T-Shirt. In Johannesburg wurde die südafrikanische Regierung dafür kritisiert, dass sie Kriegsschiffe der USA und Großbritanniens auf dem Weg in den Irak in Durban anlegen lässt. Im Grunde steht aber in der Anti-Kriegs-Frage

die südafrikanische Bevölkerung hinter ihrem Präsidenten, der in seiner jährlichen Ansprache an die Nation den Friedensbemühungen viel Zeit einräumte. Auf seinen Vorschlag sind südafrikanische Abrüstungsexperten in den Irak gereist, um ihre Erfahrungen mit erfolgreicher Entwaffnung unter UN-Aufsicht dort weiterzugeben. Politische Überzeugungsarbeit in dieser Richtung hatte zuvor der stellvertretende Außenminister Aziz Pahad in Bagdad geleistet. Der südafrikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Dumisani Kumalo, hatte unterdessen dafür gesorgt, dass Debatten über den Irak nicht nur im Sicherheitsrat hinter verschlossenen Türen, sondern in der Generalversammlung der UN geführt wurden und alle auch Zugang zum Bericht der Inspektoren hatten. Undiplomatische Töne kamen vom ehemaligen Staatspräsidenten Nelson Mandela: Er verurteilte „dass eine Macht mit einem Präsidenten, der keine Weitsicht besitzt, der nicht richtig denken kann, die Welt in einen Holocaust stürzen will“ und kritisierte Bush, dem es nur um Öl gehe, für die Untergrabung der UN. Er rief die US-Bürger auf, Bush abzuwählen.

Kirchenrat will Landenteignung

Namibias kommerzielle Farmer weisen Vorwürfe zurück

Der Rat der Kirchen in Namibia (CCN) hat die Regierung zur Enteignung von Farmen aufgefordert, die abwesenden Ausländern gehören. Die Kirche werde sich aktiv für eine friedliche und konstruktive Lösung der Landreform einsetzen, hieß es in einer Stellungnahme des CCN im Februar. Die Regierung hatte Ende letzten Jahres angekündigt, weiße Farmer zu enteignen,

wenn sie der Landreform Widerstand leisteten. Der Vorwurf kam prompt zurück: Die Regierung selbst habe sich 13 Jahre lang nicht um eine Reform gekümmert, sagten kommerzielle Farmer bei einer Versammlung der Landwirtschaftsunion (NAU) in Gobabis. Die NAU will den Druck nutzen, um mit der Regierung über ein „afrikanisches Modell“ zu verhandeln.

Tagungen Termine

KKM-Mitgliederversammlung

Um Schulpartnerschaften, Medien und Lobbyarbeit zur Armutsbekämpfung soll es bei der jährlichen Mitgliederversammlung des Koordinierungskreises Mosambik (KKM)gehen. Außerdem werden neue Kandidatinnen und Kandidaten für den Vorstand gesucht. Termin:

14.-15. März in Bielefeld

im Jugendgästehaus. Weitere Informationen: Petra Aschoff, KKM, August-Bebel-Str. 16-18, 33602 Bielefeld, kkmosambik@t-online.de

Eliten und Globalisierung

Um „Die Rollen der intellektuellen Eliten in Afrika – zwischen Afrikanischer Renaissance und Globalisierung“ wird sich eine Tagung der Evangelischen Akademie Loccum drehen. Sie soll sich auf den Beitrag der Eliten zum Wiederaufbau des sozialen Gefüges in Afrika konzentrieren und den afrikanisch-europäischen Dialog fördern.

21.-23. März in Loccum

Informationen: Christine Poltier, Ev. Akademie, Tel.: 05766-810, e-mail: Christine.Poltier@evlka.de

Kolonialismus und Genozid

Hundert Jahre nach dem Völkermord an den Hereros in Namibia soll der neueste Stand der Genozidforschung erarbeitet werden. Die Tagung wird darüber diskutieren, ob die Vernichtung im damaligen Deutsch-Südwestafrika zum Kolonialismus oder zur deutschen Kolonialherrschaft gehörte.

21.-31. März, Ev. Akademie Bad Boll

Informationen: I. Metzger, Tel.: 07164/79347, e-mail: irmgard.metzger@ev-akademie-boll.de

Seminar für Osteuropäerinnen

Zum ersten Mal lädt ENIASA, das Europäische Netzwerk für Information und Aktion zum Südlichen Afrika, Zentral- und Osteuropäer zu einem Seminar ein. Es geht vor allem um Handel und Grundlageninformationen zur Region.

28.-29. März in Wien, Österreich

Informationen: Gabi Slezak, SADOCC, Tel.: 00431-5054484, e-mail gabi.slezak@sadocc.at

Internationale Strategietagung

Eine internationale Strategiekonferenz der Entschuldungskampagne wird sich mit dem Stand und künftigen Schritten bei den Entschädigungsklagen gegen Firmen und Konzerne befassen, die an der Apartheid in Südafrika verdient haben. Prominente Gäste aus Südafrika und den USA sind die Anwälte Michael Hausfeld und Charles Abrahams, der Sprecher von Jubilee South Africa Neville Gabriel, die Schirmherrin Yasmin Sooka und Thandiwe Shezi von Khulumani. Sie sprechen am 31. März um 20 Uhr bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion.

30. März-1. April in Frankfurt, Kolpinghotel

Informationen: Theo Kneifel, KASA, Tel.: 06221/4333612, e-mail: theo.kneifel@woeck.de

Kinder in Mosambik und hier

Mit Kinderrechten und Kinderarbeit in Mosambik und Deutschland wollen sich Schülerinnen und Schüler aus Schulpartnerschaften befassen. Dabei soll auch durch praktische Erfahrungen gelernt werden: Spenden für Mosambik werden durch eigene Arbeit beim Autowaschen oder Schuhe putzen verdient.

8.-9. oder 15.-16. Mai in Bielefeld

Informationen: KKM, August Bebel-Str. 16, 33602 Bielefeld, Tel.:0521/124742, e-mail: kkmosambik@t-online.de

KOSA-Mitglieder treffen sich

Die Hintergründe des Hungers im Südlichen Afrika werden einer der inhaltlichen Aspekte bei der Mitgliederversammlung der Koordination Südliches Afrika sein. Dabei soll es um die Bedeutung von Klima, Handel und Innenpolitik als Ursachen gehen. Über ihre jeweiligen Themen und Aktionen berichten die Mitgliedsgruppen bei der Infobörse. Außerdem muß ein neuer Vorstand gewählt und ein neuer Haushalt verabschiedet werden. Der letzte schloss mit einem Plus von 3870 Euro ab.

16.-17. Mai 2003, Bielefeld

Informationen: KOSA, August Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521-9864851, e-mail: kosa@kosa.org

Aktionen vor Ort

Gleiche Chancen für den Süden

Mahnwache in Frankfurt zum Londoner Schuldenabkommen 1953

Eine Gedenktafel für die Opfer von Verschuldung enthüllten in Frankfurt etwa 20 Vertreterinnen von kirchlichen Initiativen, darunter die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) und der Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA). Ihre Mahnwache am 27. Februar erinnerte an das Londoner Schuldenabkommen von 1953, in dem der Bundesrepublik Deutschland etwa die Hälfte ihrer in den beiden Weltkriegen aufgelaufenen Schulden erlassen und für die Rückzahlung der anderen Hälfte sehr günstige Bedingungen eingeräumt wurden. Die Initiatoren der Mahnwache forderten die Bundesregierung und die privaten Gläubigerbanken auf, den hoch verschuldeten Ländern des Südens dieselben Chancen einzuräumen. Die Bankenstadt Frankfurt könne zum Vorreiter für ein internationales Schuldenmanagement

werden, hieß es im Aufruf zu der Aktion.

Die Inschrift der Gedenktafel, die am Marshallbrunnen gegenüber der Deutschen Bank aufgestellt wurde, lautet: „Den Opfern der Verschuldung. Uns wurde geholfen! Wie helfen wir? 50 Jahre Londoner Schuldenabkommen“. Jubilee South Africa verwies in einer Presseerklärung auf den Unterschied der Entschuldungsstrategien für Deutschland und Länder im Süden. Obwohl Deutschland als für zwei Kriege und Millionen Tote verantwortlich betrachtet worden sei, habe das Londoner Abkommen 1953 nicht Deutschland, sondern seinen Gläubigern Bedingungen auferlegt. Das Londoner Abkommen sollte Deutschlands Wiederaufbau vorantreiben. Im Falle der hoch verschuldeten Länder im Süden sei das umgekehrt: Sie müssten selbst strenge Bedingungen erfüllen.